

entspricht; andernfalls ist die Behörde nicht verpflichtet, sich mit der Eingabe zu befassen.

Unter diesem Vorbehalt sind daher die Behörden des Kantons Tessin, an die sich der Gesuchsteller zuerst gewendet hat, gehalten, nach dem Tatort der strafbaren Handlungen zu forschen, welche der Beschuldigten Margrit Steinmann vorgeworfen werden. Stellt sich dabei heraus, dass die Beschuldigte zum mindesten teilweise im Kanton Tessin gehandelt hat, so sind die Behörden dieses Kantons verpflichtet, sie zu verfolgen. Der tessinische Gerichtsstand ergibt sich dann aus Art. 346 Abs. 2 StGB. Falls dagegen die Erhebungen ergeben, dass die Beschuldigte ausschliesslich im Kanton Zürich gehandelt hat, ist sie in diesem Kanton zu verfolgen.

Demnach erkennt die Anklagekammer:

Die Behörden des Kantons Tessin werden im Sinne der Erwägungen zuständig erklärt, Margrit Steinmann zu verfolgen.

Vgl. auch Nr. 4 und 8. — Voir aussi n^{os} 4 et 8.

I. STRAFGESETZBUCH

CODE PÉNAL

18. Auszug aus dem Urteil des Kassationshofes vom 13. Juni 1947 i. S. Herzog gegen Künzi.

1. *Art. 27 Ziff. 4 StGB.* Wer ist « Einsender » im Sinne dieser Bestimmung ?
2. *Art. 24, 25 und 27 StGB.* Sind die Vorschriften über die Teilnahme auf die durch das Mittel der Druckerpresse begangenen strafbaren Handlungen anwendbar ?
1. *Art. 27, ch. 4 CP.* Que faut-il entendre par « la personne qui a envoyé une insertion » ?
2. *Art. 24, 25 et 27 CP.* Les dispositions sur la participation s'appliquent-elles aux infractions commises par la voie de la presse ?
1. *Art. 27, cifra 4, CP.* Chi è « colui che ha trasmesso un'inserzione » a' sensi di questo disposto ?
2. *Art. 24, 25 e 27 CP.* Le norme sulla partecipazione sono applicabili ai reati commessi col mezzo della stampa ?

Das Obergericht des Kantons Luzern verurteilte Paul Künzi wegen Betruges zu 6 Monaten Gefängnis. Rechtsanwalt Leopold Herzog verfasste für Anton Brügger, der im Strafverfahren als Privatkläger aufgetreten war, einen Bericht über das Urteil, den dieser mit wenigen Abänderungen im Anzeigeteil der Luzerner Neuesten Nachrichten veröffentlichte. Da der Artikel verschiedene unrichtige und für Paul Künzi ehrverletzende Angaben enthielt, verurteilte das Kriminalgericht des Kantons Luzern Anton Brügger wegen übler Nachrede zu Fr. 50.— und Leopold Herzog wegen Gehülfenschaft hiezu zu Fr. 20.— Busse. Das Obergericht des Kantons Luzern hiess diesen Entscheid am 22. März 1947 gut.

Leopold Herzog ersuchte den Kassationshof mit Nichtigkeitsbeschwerde, das Urteil des Obergerichtes, soweit es ihn betreffe, aufzuheben und ihn freizusprechen. Zur

Begründung machte er u. a. geltend, dass Anton Brügger gemäss Art. 27 Ziff. 4 StGB allein verantwortlicher Einsender sei.

Aus den Erwägungen :

In rechtlicher Beziehung vertritt der Beschwerdeführer in erster Linie die Auffassung, dass die Einsendung im Anzeigeteil der Luzerner Neuesten Nachrichten strafrechtlich nur von Anton Brügger zu verantworten sei. Dies trifft zu, wenn der Beschwerdeführer weder als Täter noch als Gehilfe in Betracht kommt.

Als Täter bzw. Mittäter ist der Beschwerdeführer strafbar, wenn er « Einsender » ist (Art. 27 Ziff. 4 StGB). Unter einem Einsender kann in diesem Zusammenhange Verschiedenes verstanden werden. HAFTER (Schweiz. Strafrecht, Allgemeiner Teil S. 504) setzt Einsender = Verfasser. Für diese Auslegung spricht vor allem die Erwägung, dass andernfalls bei Inseraten überhaupt nicht auf den Verfasser gegriffen werden könnte, denn Art. 27 Ziff. 4 StGB führt ihn auch nicht unter den subsidiär Verantwortlichen auf. Die Verwendung des Ausdruckes Einsender statt Verfasser liesse sich damit erklären, dass man bei Inseraten gewöhnlich nicht von verfassen, sondern von aufsetzen spricht, das Hauptwort « Aufsetzer » aber nicht gebräuchlich ist. Wollte man Art. 27 Ziff. 4 StGB in diesem Sinne deuten, so hätte der Beschwerdeführer, von dem die Einsendung in der Hauptsache stammt, als Mittäter behandelt werden müssen. Der Kassationshof hat in einem Urteil vom 1. März 1946 i. S. Herzog & Kons. denjenigen als Einsender bezeichnet, der der Zeitung den Text des Inserates zur Veröffentlichung übermittle. Eher noch besser vertreten liesse sich die Ansicht, Einsender sei der Auftraggeber, der das Inserat bezahle. Nach diesen beiden Auslegungen, die gegenüber der Lösung von Hafter den Vorteil haben, dass der Übermittler des Inserates oder Auftraggeber nicht straffrei ausgeht, könnte der Beschwerdeführer, wenn er sich darauf beschränkte, die Ein-

sendung abzufassen, nicht als Mittäter gefasst werden. Die Frage, welches der wahre Sinn des Art. 27 Ziff. 4 StGB sei, braucht im vorliegenden Falle indessen nicht entschieden zu werden, weil der Beschwerdeführer, wenn nicht als Mittäter, so doch zum mindesten als Gehilfe bestraft werden muss.

Art. 27 StGB ordnet, wie der Randtitel anzeigt, die Verantwortlichkeit « der Presse », d. h. der bei der Herstellung und Verbreitung einer Druckschrift tätigen Personen, wie Verleger, Redaktoren, Leiter des Anzeigeteiles, Drucker, Verträger, Ablagehalter usw. Er lässt den Verleger, Redaktor, Leiter des Anzeigeteiles und Drucker im allgemeinen nur subsidiär für eine Veröffentlichung eintreten, wenn der Verfasser oder Einsender nicht ermittelt werden kann, und schliesst alle andern, die im Druckereigewerbe tätig sind oder sich mit dem Vertrieb des Presseergebnisses befassen, überhaupt von einer Bestrafung aus. Diese Sonderregelung geht den allgemeinen Bestimmungen des StGB vor, sodass in ihrem Bereiche die Art. 25 ff. StGB keine Anwendung finden. Weitergehende Bedeutung kommt dem Sonderrecht der Presse trotz des verfänglichen Wortlautes von Art. 27 StGB aber nicht zu. Insbesondere bleiben, soweit nicht der Verlag, Druck und Vertrieb des Presseergebnisses als solches in Frage steht, die allgemeinen Vorschriften des StGB über die Teilnahme vorbehalten. Strafbar ist daher auch, wer den Verfasser oder Einsender anstiftet oder ihm Hülfe leistet. Weshalb Anstiftung und Gehülfenschaft bei einem Pressedelikt auch insoweit auszunehmen wäre, als sie nicht die Verantwortlichkeit « der Presse » berührt, ist nicht einzusehen. In diesem Sinne hatte das Bundesgericht schon für das zürcherische Strafgesetzbuch erkannt, das für die durch die Druckerpresse verübten Vergehen ebenfalls die stufenweise Verantwortlichkeit vorsah (BGE 2, 38). Von der gleichen Auffassung ist die Anklagekammer des Bundesgerichtes in einem Entscheid vom 27. Januar 1947 i. S. Gut ausgegangen. Sie wird mit Nachdruck auch von

HAFTER verfochten (Schweiz. Strafrecht, Allgemeiner Teil S. 500). **LOGOZ** (Komm. S. 115 N 4), der auf das Urteil in **BGE** 2, 38 verweist, ist gleicher Ansicht. **GERMANN** (Das Verbrechen im neuen Strafrecht S. 204 N. 3 Abs. 2) erklärt, die Art. 24 ff. StGB seien « auf Redaktoren, Verleger und Drucker usw. » nicht anwendbar, womit wohl stillschweigend anerkannt ist, dass es strafbar ist, Personen, die sich nicht mit der Herstellung und Verbreitung der Druckschrift beschäftigen, zu ihrem strafbaren Verhalten anzustiften oder ihnen dazu Hülfe zu leisten. Der Beschwerdeführer, der **Anton Brügger** das Inserat aufsetzte, hat sich daher, wenn nicht als Mittäter, so doch ohne Zweifel zum mindesten als Gehilfe zu der gegenüber **Paul Künzi** begangenen üblen Nachrede zu verantworten.

19. Sentenza 14 febbraio 1947 della Corte di cassazione penale nella causa Crétin contro Procuratore pubblico sopraccenerino.

Art. 462, cp. 2 CO. Nel concetto di « stare in giudizio » non entra l'atto di sporgere querela, almeno quando essa miri soltanto a mettere il Procuratore pubblico in grado d'iniziare il procedimento penale.

Il diritto di sporgere querela (art. 28 CPS) dev'essere riconosciuto al direttore d'un albergo che, in caso di frode dello scotto, agisce in nome della proprietaria società anonima, senza che il consiglio di amministrazione abbia preso una decisione al riguardo: basta che la querela non sia sporta contro la volontà degli organi della società anonima e possa quindi ottenere la loro ratifica.

Art. 462 Abs. 2 OR. Strafantrag stellen fällt jedenfalls dann nicht unter den Begriff der « Prozessführung », wenn der Strafantrag bloss darauf abzielt, den öffentlichen Ankläger in die Lage zu versetzen, das Strafverfahren einzuleiten.

Art. 28 StGB. Der Geschäftsführer eines von einer Aktiengesellschaft betriebenen Gasthofes kann im Namen der Betriebsinhaberin Strafantrag wegen Zechprellerei stellen, ohne dass der Verwaltungsrat hierüber Beschluss gefasst zu haben braucht; es genügt, wenn der Strafantrag nicht gegen den Willen der Organe der Aktiengesellschaft gestellt wird und folglich von ihnen genehmigt werden kann.

Art. 462 al. 2 CO. Déposer une plainte ne consiste pas à « plaider », du moins lorsqu'elle tend uniquement à mettre le ministère public en mesure d'ouvrir la poursuite pénale.

Art. 28 CP. En cas de filouterie d'auberge, le directeur d'un hôtel appartenant à une société anonyme a le droit de porter plainte au nom de cette dernière; une décision du conseil d'administration n'est pas nécessaire; il suffit que la plainte ne soit pas portée contre la volonté des organes de la société et puisse obtenir leur ratification.

Ritenuto in fatto:

A. — Anna Crétin, in compagnia di Ermanno Schilt, soggiornò all'Albergo Gamper in Bellinzona dal 24 agosto al 14 settembre 1946, senza pagare il conto. Su querela sporta dall'albergatore il 15 settembre 1946, Crétin e Schilt furono arrestati dalla gendarmeria ticinese.

Già precedentemente, dal 18 al 21 agosto 1946, Anna Crétin aveva soggiornato col medesimo compagno all'Hotel Touring-Garni S. A. a Basilea; indi era partita senza pagare il conto. Il direttore di quest'albergo avendo sporto querela il 18 settembre, il Ministero pubblico basilese trasmise gli atti al Procuratore pubblico sopraccenerino in virtù dell'art. 350, cifra 1, cp. 2, CPS.

Il 30 ottobre 1946, Anna Crétin comparve davanti al Presidente delle Assise correzionali di Bellinzona. L'accusata avendo prodotto un recesso di querela firmato quello stesso giorno dai proprietari dell'Albergo Gamper, fu condannata a un mese di detenzione soltanto per la frode dello scotto commessa a Basilea.

B. — Anna Crétin interpose un ricorso che la Corte di cassazione cantonale respinse il 18 dicembre 1946.

Tempestivamente ha adito il Tribunale federale, chiedendo la cassazione di tutti i punti della sentenza cantonale di condanna per i motivi di cui si dirà in appresso.

Considerando in diritto:

1 e 2. (omissis).

3. — La ricorrente afferma infine che la querela sporta a Basilea « non è valida perchè non firmata da chi ha diritto di rappresentanza della parte lesa: l'Albergo Touring A.-G. Basilea ».

L'impugnato giudizio non ha accolto quest'argomento,